

Archiv des öffentlichen Rechts

142. Band (2017), Heft 2

Inhalt

Abhandlung

- Prof. Dr. *Markus Möstl*, Bayreuth
Verfassungsfragen der Flüchtlingskrise 2015/2016 175

Kleine Beiträge

- Prof. Dr. *Martin Kment*, Augsburg
Verwirklichung von Infrastrukturprojekten in Abschnitten
im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts 247
- Prof. Dr. *Sebastian Müller-Franken*, Marburg
Beschränkung der Wirksamkeit von Verfassungsgerichten
durch Gesetz 276

Literatur

Besprechungen

- Andreas Engels: Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung.
Eine dogmatische Rekonstruktion
(Prof. Dr. *Johannes Hellermann*, Bielefeld) 296
- Stefan Pilz: Der Europäische Stabilitätsmechanismus.
Eine neue Stufe der europäischen Integration
(Prof. Dr. *Jörn Axel Kämmerer*, Hamburg) 302
- Barbara Sandfuchs: Privatheit wider Willen?
Verhinderung informationeller Preisgabe im Internet nach deutschem
und US-amerikanischem Verfassungsrecht
(Dr. *Johannes Eichenhofer*, Bielefeld) 307

Anzeigen

- Jürgen Bröhmer (Hrsg.): Europa und die Welt. Kolloquium zu aktuellen
europa-, völker- und menschenrechtlichen Themen aus Anlass
des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Georg Ress
(Prof. Dr. *Peter Badura*, München) 313
- Matthias Jestaedt/Oliver Lepsius (Hrsg.): Verhältnismäßigkeit –
Zur Tragfähigkeit eines verfassungsrechtlichen Schlüsselkonzepts
(Prof. Dr. *Johannes Saurer*, Tübingen) 316

ABHANDLUNG

Verfassungsfragen der Flüchtlingskrise 2015/16

MARKUS MÖSTL

Inhalt

I. Einführung	176
II. Rückblick: Die Flüchtlingskrise 2015/16 und die durch sie aufgeworfenen Rechtsfragen	179
III. Die Verfassungspflicht zu wirksamer Grenzsicherung und Kontrolle der Zuwanderung	183
1. Kontrolle der Zuwanderung und effektiver Grenzschutz als notwendige Staatsaufgabe und Verfassungspflicht	183
a) Grundsätzliche Überlegungen zur Staatlichkeit und zur Territorialität des Staates	183
b) Enger Bezug zu weiteren Verfassungsaufgaben und Strukturprinzipien der Staatlichkeit	187
c) Materielle Gehalte von Art. 73 Abs. 1 Nr. 5, 87 Abs. 1 S. 2 GG (Grenzschutz) und Art. 73 Abs. 1 Nr. 3, 74 Abs. 1 Nr. 4 GG (Kontrolle der Zuwanderung)	188
d) Zielrichtungen zuwanderungsbezogenen Grenzschutzes, Einreiseverweigerungen als reguläres Mittel der Zielverfolgung und die Frage nach den Grenzen der Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft	190
2. Bekräftigung der Verfassungspflicht zu wirksamem zuwanderungsbezogenen Grenzschutz durch die Drittstaatenregelung des Art. 16a Abs. 2 GG und die seiner Umsetzung dienende Regelung zu Einreiseverweigerungen nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 AsylG	192
3. Der rechtsstaatliche und gewaltenteilige Auftrag zu einer effektiven Durchsetzung des geltenden Rechts (exekutivische Vollzugspflicht), insbesondere in Bezug auf § 18 Abs. 2 Nr. 1 AsylG	195
4. Der Gesetzes- und Parlamentsvorbehalt für wesentliche migrationspolitische Entscheidungen	198
5. Teilergebnis	201
IV. Das europäische Unionsrecht betreffende Überlegungen	201
1. Normalerweise greifende unionsrechtliche Überlegungen	201
2. Nachhaltige und schwerwiegende Störung der Funktionstüchtigkeit des europäischen Grenzregimes und Asylsystems	205

